

Kommentar Wirtschaftspolitik

2015/06 | 13. Februar 2015

Unternehmen geben wesentlichen Konjunkturimpuls

Unternehmen stehen schwierigen Rahmenbedingungen in der künftigen Entwicklung der Wirtschaft innerhalb Europas gegenüber. Sie sehen sich mit niedrigen Wachstumsraten und weniger dynamisch entwickelnden Absatzentwicklungen konfrontiert. Nichtsdestotrotz geben sie über die jährlichen Lohnerhöhungen im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen einen wesentlichen Konjunkturimpuls. Vor dem Hintergrund einer zu diskutierenden Steuer- und Abgabenreform sind die Unternehmen bei einer Entlastung stärker zu berücksichtigen.

Schwieriges Umfeld für Unternehmen: Das Umfeld für Unternehmen war in den letzten Jahren nicht einfach. Nach mehreren Jahren Krise und sehr schwacher Wirtschaftsperspektive im Euroraum werden Unternehmen ihre langfristigen Wachstumserwartungen herunterschrauben und sich auf schwaches Wirtschaftswachstum sowie niedrige Inflation einstellen. Daraus resultiert eine Zurückhaltung bei den Investitionen, die traditionell mit den Exporten die Wachstumstreiber in Österreich darstellen. Beide entwickeln sich jedoch nur verhalten. Auf der anderen Seite wären die Zutaten für einen unüblichen, konsumgetriebenen Aufschwung in Österreich vorhanden: moderate allgemeine Preisentwicklung, Rekordbeschäftigung, sinkende Energie- und Treibstoffpreise sowie relativ hohe Lohnabschlüsse. Dadurch könnte der Konsum als Impulsgeber überraschen, allerdings sind die Konsumenten trotz der positiven Rahmenbedingungen überdurchschnittlich zurückhaltend.

Die dynamische Entwicklung der Arbeitskosten: Wie auch der aktuelle WKÖ-Wirtschaftsbarometer zeigt, ist der Grundtenor unter den heimischen Betrieben eindeutig: Die Rahmenbedingungen für den Standort Österreich müssen verbessert werden, damit sich Unternehmen wieder mehr auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Besonders wichtig dabei ist eine moderate Entwicklung der Arbeitskosten. Denn diese sind in Österreich zwischen 2008 und 2013 mit einem Plus von 18,9 % im Euroraum am stärksten gestiegen, wie aktuelle Daten von Eurostat¹ zeigen (ER 17: 10,4 % bzw. EU 28: 10,2 %). Im Jahr 2013 betragen die Arbeitskosten pro Stunde für die gesamte Wirtschaft € 31,4 (EU 28: € 23,7). Darin enthalten sind neben Löhnen und Gehältern auch die Lohnnebenkosten, wie Sozialbeiträge der Dienstgeber und der mit der Beschäftigung verbundenen Steuern. Der Anteil dieser Lohnnebenkosten beträgt 26,7 % und liegt ebenfalls über dem Euroraum-Durchschnitt von 25,9 %.

Unternehmen geben jährlich einen wesentlichen Konjunkturimpuls: Durch die Lohnerhöhungen im Rahmen der Kollektivverhandlungen geben die österreichischen Unternehmen jährlich einen wesentlichen Konjunkturimpuls. Dadurch partizipieren einerseits Arbeitnehmer am steigenden Wirtschaftswachstum, wodurch deren Kaufkraft gesteigert wird, andererseits fließt ein erheblicher Teil davon in Form von Steuern und Abgaben an die öffentliche Hand. Schätzungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene gehen davon aus, dass von einer Lohnerhöhung von 2 % - dies entspricht mehr als 2 Milliarden Euro an Löhnen und Gehältern inklusive Lohnnebenkosten - rund eine Milliarde an die öffent-

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autor:
Mag. Christoph Haushofer
+43 (0)5 90 900-4280
christoph.haushofer@wko.at

¹ Eurostat 2014: „Arbeitskosten pro Stunde in den EU28 Mitgliedstaaten lagen 2013 zwischen 3,7€ und 40,1€“

liche Hand geht. Ein erheblicher Anteil davon entfällt auf die Lohnnebenkosten der Dienstgeber, wie folgende Berechnung basierend auf den Medianeinkommen von Angestellten aus dem Jahr 2013 von € 3.165 monatlich² exemplarisch darstellt.

Einkommen, Steuern und Abgaben von ganzjährig unselbständig Beschäftigten 2013

		Jahreseinkommen (Median)		+2 % Bruttolohnsteigerung bedeutet:	
		in €	in %	in €	in %
Dienstgeber	Gesamtkosten ³	€ 58.139	100,0%	€ 1.163	2,6%
	Lohnnebenkosten	- € 13.822	23,8%	€ 276	0,6%
Dienstnehmer	Bruttolohn	= € 44.317	76,2%	€ 886	2,0%
	Lohnnebenkosten	- € 7.945	13,7%	€ 159	0,4%
	Lohnsteuer	- € 7.605	13,1%	€ 275	0,6%
	Nettolohn	= € 28.767	49,5%	€ 452	1,0%
Anteil Steuern und Abgaben		€ 29.372	50,5%	€ 711	61,1%
Lohnnebenkosten insgesamt		€ 21.767	100,0%	€ 435	100,0%
Anteil Dienstgeber		€ 13.822	63,5%	€ 276	63,5%
Anteil Dienstnehmer		€ 7.945	36,5%	€ 159	36,5%

Quelle: BMF, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Die Darstellung verdeutlicht, dass der Anteil an Steuern und Abgaben, die insgesamt sowohl vom Dienstgeber als auch vom Dienstnehmer zu entrichten sind, höher sind als das Nettoeinkommen des Arbeitnehmers.

Eine Bruttolohnerhöhung des Angestellten von 2 % entspricht einer tatsächlichen Erhöhung der Gesamtkosten für den Dienstgeber von 2,6 % bzw. € 1.163. Davon gehen jedoch insgesamt 1,6 % der Erhöhung in Form von Steuern und Abgaben an die öffentliche Hand. So kommt lediglich 1,0 % oder € 450 von € 1.163 - also weniger als 40 % - beim Dienstnehmer an⁴. Dies führt dazu, dass Lohn-erhöhungen, die sich an den sozialpartnerschaftlichen Grundsätzen wie Produktivitätssteigerung und Inflationsentwicklung orientieren, real in einem weit geringeren Ausmaß bei den Dienstnehmer ankommen und gleichzeitig die Gesamtkosten für Unternehmer mehr belasten als allgemein wahrgenommen.

Fazit: Die österreichische Wirtschaft fordert eine stärkere Berücksichtigung all dieser Aspekte bei der geplanten Steuer- und Abgabenreform. Vor allem eine Reduktion der Lohnnebenkosten wird als notwendig erachtet. Kurzfristig soll dies insbesondere im Wege einer Senkung des Beitrages zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) und des Unfallversicherungsbeitrages (UV) geschehen, um so den Faktor Arbeit zu entlasten. Zugleich müssen, vor dem Hintergrund von geringen Wachstumsraten, investitionsstimulierende Maßnahmen gesetzt und Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert werden. Beispielsweise durch die Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter von € 400 auf € 1.000, eine Investitionszuwachsprämie neu und eine degressive Abschreibung für die Abnutzung von Anlagevermögen. Auch das Juncker-Paket und der zuletzt gesunkene Rohölpreis sowie die Euroabwertung, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit für Europa erhöht, können positive Impulse geben.

² Statistik Austria: [Bruttojahreseinkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten 2013](#)

³ Bruttolohn des Dienstnehmers zuzüglich DG Lohnnebenkosten wie bspw. Sozialversicherung, DG Beitrag zum FLAF, Kommunalsteuer und der Beitrag zur Betrieblichen Vorsorgekasse

⁴ In einem etwas geringeren Ausmaß trifft dies bei ganzjährig beschäftigten ArbeiterInnen mit einem Medianeinkommen von € 2.198 zu. In diesem Fall beträgt der Anteil der Steuern und Abgaben 57,5 %